

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

Ercheinung wöchentlich Sonntags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.20 M. Einzelhefte 10 Pf. Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Zeilenstraße 17. Fernruf 535. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Kleinige Anzeigen-Aannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 19.

Duisburg, den 10. Mai 1919.

20. Jahrgang

Der organisierte Terror in Mannheim

Die Idee von Terror und Vergewaltigung unserer Kollegen durch Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes sind solche Zeichen erbärmlichsten gewerkschaftlichen Tiefstandes, die jedem anständigen Menschen die Schamröde ins Gesicht treiben müssen. Nach den Terrorfällen in Pegnitz, Remscheid, Schleien konnte auch der Bezirk des „bekanntesten“ sozialdemokratischen Bezirksleiters Vorhölzer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes nicht zurückbleiben. In Mannheim bei der Firma Brown, Boveri u. Co. sind unsere Kollegen auf das schmerzliche wegen ihrer Ueberzeugung terrorisiert worden. Ueber die Vorfälle ging von unserer dortigen Bezirksleitung folgender

Bericht an das badische Ministerium für soziale Angelegenheiten.

Dem titl. Ministerium teilen wir unter Bezugnahme auf die Unterredung mit unserem Vertreter, Herrn Josef Erting, folgendes mit:

In der Woche vom 15. bis zum 20. April wurden in den Mannheimer Betrieben Firma Brown, Boveri u. Co., Böhringer und Söhne, Uniformwerke, Firma Benz von den Arbeiterausschüssen bzw. Abteilungsvertretern der Arbeiterausschüsse den christlich und S.-D. organisierten Arbeitern ein Ultimatum gestellt, bis zum Dienstag, den 22. April zum Deutschen Metallarbeiterverband überzutreten oder den Betrieb zu verlassen. Das gleiche geschah am heutigen Tage bei der Firma E. Wehl und Co. in Mannheim-Waldhof.

In den Tagen vor Ostern wurde dann allen nicht freigeorganierten Arbeitern nochmals dringend erklärt, daß, wenn sie am Dienstag nach Ostern ihre Mitgliedsbücher zum Uebertritt in den deutschen Metallarbeiterverband nicht mitbringen, die Arbeit niedergelegt würde.

Bei der Firma Brown, Boveri beteiligten sich hieran nach glaubwürdigen Informationen die Arbeiterausschussmitglieder Mathias Reinhardt, Fritz Möbus, Julius Heßler, Anton Hartmann und Birkenmeyer. Am Dienstag, den 22. April legten dann auf Geheiß und unter Führung des Arbeiterausschusses sämtliche freigeorganierten Arbeiter die Arbeit im Betrieb nieder, ohne den Betrieb zu verlassen und verlangten von der Direktion die Entferrnung derjenigen Arbeiter, die sich nicht durch die Drohungen hatten zum Uebertritt bewegen lassen. Alle Verhandlungen und Vermittlungsversuche, die zwischen der Betriebsleitung des christlichen Metallarbeiterverbandes und dem Verband der Metallindustriellen sowie der Firma einerseits und dem Arbeiterausschuß sowie dem deutschen Metallarbeiterverband andererseits unternommen wurden, scheiterten am Widerstand des Arbeiterausschusses bzw. der freigeorganierten Arbeiter.

Das geschah, trotzdem der größte Teil der mehrheitssozialdemokratischen Arbeiter dieses Vorgehen des Arbeiterausschusses beurteilten und sich durch Abstellung der Motoren und Maschinen zwar widerwillig jedoch protestlos der Stilllegung des Betriebes fügten. Die Verhandlungen und Vermittlungsversuche hatten zum Schluß des Tages (22. April) nur das Ergebnis, daß ein Anschlag vereinbart wurde zwischen Fabrik und Arbeiterausschuß, wonach die nicht freigeorganierten organisierten Arbeiter Mittwoch, den 23. April und die folgenden Tage solange unter Urlaubsgewährung und Fortzahlung des Lohnes aus dem Betriebe bleiben sollten, bis die Angelegenheit befriedlich geregelt sei. Am Mittwoch früh, den 23. April, stellte sich nun der gesamte Arbeiterausschuß vor das Fabriktor zur Ueberwachung derjenigen, welche die Fabrik betreten und arbeiten wollten und veranlassen jene christlichen Arbeiter, die ihren Uebertritt bis dahin noch nicht vollzogen oder Anspruch auf Weiterarbeit erhoben, zum Uebertritt in den deutschen Metallarbeiterverband, unter Abnahme ihrer Verbandslegitimation oder verweigerte denselben Zutritt zur Fabrik.

Das Ergebnis der geschlossenen Verhandlungen war der Abschließung ungenügend und sie rief noch am gleichen Tage (22. April) den Schlichtungsausschuß am hiesigen Orte zur Vermittlung und Entscheidung an. Dieser setzte auf Mittwoch, den 23. April Termin zur Verhandlung der Angelegenheit an, zu welcher folgende Personen geladen waren:

1. Der Arbeiterausschuß der Firma, sowie Vertreter der Firma selbst als Beschwerdeführer bzw. als Angeklagter;
2. der deutsche Metallarbeiterverband, der christliche Metallarbeiterverband und der Gewerbeverein der Metallarbeiter S.-D. durch ihre Geschäftsführer. Der deutsche Metallarbeiterverband hatte sich zu dieser Sitzung entschuldigend lassen mit der Begründung, daß keiner seiner Geschäftsführer frei sei und Zeit habe. Die beiden legitimen Verbandsvertreter waren erschienen.

In kurzen Verhandlungen wurde dann folgendes festgestellt:

Der Arbeiterausschuß erklärte durch seinen Vorsitzenden Brand, daß er für die Fabrik kompetent hält, in der Frage etwas zu tun, da er die Fabrik nach seiner Meinung nicht um eine Angelegenheit handeln sollte, welche den Arbeiterausschuß zu beunruhigen oder zu beunruhigen berufen sei. Der Schlichtungsausschuß

darauf hin, daß auf Grund der Verordnung der Volksbeauftragten über Einrichtung, Tätigkeit und Zuständigkeit der Arbeiterausschüsse in Betrieben, welche berufen seien, das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Betriebe aufrecht zu erhalten und Mißstände zu beseitigen, die Kompetenz des Arbeiterausschusses durch gesetzliche Bestimmungen gegeben sei. Herr Brand meint dann noch, es sei keine reine Arbeiterfrage, sondern eine politische Angelegenheit, die der Arbeiterausschuß nicht zu regeln habe. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses weist darauf hin, daß der Arbeiterausschuß und die Arbeiterschaft doch die Frage der Zugehörigkeit der Organisation der Arbeiterschaft aufgerollt und damit ohne weiteres diese Frage zum Objekt der gesamten Arbeiterschaft gemacht hat, ganz gleich, ob die Motive politischer oder organisatorischer Art seien. Auf die Frage, ob der Arbeiterausschuß das Vorgehen billige, gab dieser keinerlei Antwort, sondern suchte den Eindruck zu erwecken, als ob er lediglich gegenüber der Firma als berechtigter Korporation dem Willen der Arbeiterschaft Ausdruck verleihen und den erhaltenen Auftrag erfüllt habe.

(Zusätzlich) hat eine allgemeine Betriebsversammlung, in der die Weiterbeschäftigung der nicht freigeorganierten organisierten Arbeiter verhandelt und zur Abstimmung gebracht wurde, nicht stattgefunden, sondern nur eine auf wenige Personen beschränkte sogenannte Vertrauenskonferenz, die gleichfalls unter dem moralischen Druck der Hauptabteilungsleiter stand. Eine geheime Abstimmung hat aber auch unter diesen nicht stattgefunden, sondern es wurde nur per Klamation abgestimmt.)

In der Schlichtungsausschussung bezeichnete die Firma die Forderungen der Arbeiterschaft bzw. des Arbeiterausschusses als wirtschaftlich, politisch, gewerkschaftlich und betriebsmäßig unangenehm, brutal, terroristisch, die sich durch nichts rechtfertigen lassen. Die Einwendungen des Arbeiterausschusses zielten keinerlei andere Gründe, als lediglich die Unbilligkeit gegenüber anders Organisierten. Trotz anfänglichem Bestehen erklärte dann der Arbeiterausschuß, daß er zunächst die christlichen Arbeiter und S.-D. Arbeiter nicht bestrafen wolle, daß er sie auch nicht zum Uebertritt zwingen wolle, daß man nur nicht mehr mit ihnen zusammenarbeiten wolle. Die Vorhaltungen unseres Verbandsvertreters und des Vertreters des S.-D. Gewerbevereins, daß dieses Vorgehen sich doch nicht mit den bestehenden Gesetzen der Volksbeauftragten im Lande sowohl wie im Reich und des letzten neuerlassenen Staatsgrundgesetzes verträge, daß es vor allem gegen das durch Jahrzehnte hindurch von der gesamten Arbeiterschaft erhoffte und schon erlangte Koalitionsrecht verstöße, daß es vor allem die Arbeiten zum Aufbau des kollektiven Arbeitsvertragsverhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erschwere und so das ganze werdende Tarifgebäude schon im Werden erschüttere, konnten den Arbeiterausschuß nicht von seinem Vorgehen abbringen. Im Gegenteil, er nahm noch eine aggressive Stellung gegen die genannten Verbandsvertreter ein und versuchte, sie durch einen Antrag aus den Verhandlungen bzw. aus dem Verhandlungsort zu entfernen. Nach der oben abgegebenen Erklärung des Arbeiterausschusses jedoch, die er nach vielem Bestehen abgeben hatte — „er wolle nur nicht mit christlichen und S.-D. Arbeitern zusammenarbeiten“ — erklärte der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses unter Zustimmung sämtlicher Beisitzer die Situation für genügend geklärt.

Der Schlichtungsausschuß zog sich dann zur geheimen Beratung zurück und fällte folgenden Schiedsspruch:

Der Schlichtungsausschuß ist einstimmig der Auffassung: 1. Daß die Firma Brown, Boveri u. Co. mit Recht sich auf den Sachpunkt stellt, sie sei moralisch nicht befugt, Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu bestimmten Arbeiterverbänden außer Arbeit zu setzen.

2. Daß ein dahingehendes Verlangen aus der Mitte der Arbeiterschaft an die Firma mit dem Geiste des Koalitionsrechtes nicht vereinbar ist.

Dieser Schiedsspruch hat eine beiderseitige Erklärungsrücknahme erst nach Tagen zur Zustimmung oder Ablehnung nach Zustimmung des schriftlichen Beschlusses.

Wir gestatten uns, noch erneut darauf hinzuweisen und zuzufügen, daß nach Ansicht aller rechtsdenkenden Menschen hier am Orte das Verhalten und das Verhalten des Arbeiterausschusses und des Teiles der Arbeiterschaft, die tatsächlich mit diesen terroristischen Maßnahmen einig geht, nicht nur jeder jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt, sondern geradezu das Recht mit Füßen tritt und gegen das Strafgesetzbuch aufschreie verstößt.

Wir setzen in die badische Negierung das Vertrauen, daß sie schleunigst Maßnahmen treffen wird, um diese rechtswidrige, organisierte Volksverhöhnung von Arbeitern, von Verneinung des Herres der Arbeitslosen, noch in letzter Stunde beseitigt auf dem Wege der Verhinderung und dringlichen Warnung zu verhindern. Im anderen Falle erwarten wir jedoch, daß alles darangelegt wird, durch entsprechende Unterzückung und Jenseitsernahme die Schuldigen strafen und für den angerichteten Schaden haftbar zu machen.

Des Weiteren setzt die betroffene Arbeiterschaft unter allen Umständen voraus, daß solange die Betroffenen nicht an ihre gewohnten Arbeitsplätze zurückkehren können und ihr

Koalitionsrecht gesichert bekommen, nicht nur aus Mitteln der betroffenen Firma, sondern aus Staatsmitteln der volle Lohn garantiert wird.

Indem wir nochmals ersuchen, die Angelegenheit auf dem schnellsten Wege zu untersuchen und zu ordnen, zeichnen wir Hochachtungsvoll
Bezirksleitung des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes.

Terror ist die Signatur des politischen und wirtschaftlichen Kampfes der Unabhängigen überall: Am 17. April d. J. hat die U. S. P. D. in einer Sitzung des Volkstagesrates Groß-Berlin den Antrag gestellt und durchgebracht, daß es der Volkstagsrat für ganz selbstverständlich halte, daß die Mehrheit der Arbeiterschaft in einem Betriebe mit wirtschaftlicher Boykottierung gegen anderdenkende Arbeiter — deren Anwesenheit ein erprobtes Zusammenarbeiten gefährde — vorgehen müsse. Dr. Johann Caspari, Mitglied des Arbeiterrates Groß-Berlin, nennt im „Vorwärts“ vom 22. April die Annahme dieses Antrags der U. S. P. D. „so ziemlich das Ungewöhnlichste, was politische Verwirrung und Verwirren bisher angebracht hat“. Und er protestiert es als die unabweisbare Pflicht der Sozialdemokratie im Interesse der Arbeiterschaft, im Interesse der Sauberkeit des politischen Kampfes immer wieder auf das Bedrohliche hinzuweisen, das von Führern der Arbeiterbewegung hier begangen wird. Noch nie hat sich auf dem Terror eine politische Macht auf die Dauer etabliert.

Und wir müssen es für die unabwendbare Pflicht einer Regierung proklamieren, mit allen Machtmitteln im Interesse der Allgemeinheit, von Recht und Gerechtigkeit, sofort alle diese Ausschüsse eines widerwärtigen Terrorismus kurzerhand zu unterdrücken und die Terroristen zu rehabilitieren.

Unserer Pflicht bewußt

In einer Zeit, wie sie schwerer und wichtiger wohl noch von keinem Volk durchlebt wurde, steht jetzt das deutsche Volk. Überall wohin man sieht, graues Elend und größte Not. Ein Streik nach dem andern wird von Elementen in unverantwortlicher Weise vom Laune gebrochen. Lebensmittelwucherer treiben ihr Handwerk noch schlimmer wie während des Krieges. Banden durchziehen plündernd das Land. Alles in allem eine unaussprechliche Not ist über unser Vaterland hereingebrochen.

Da kommt jedem Deutschen, der noch einigermaßen ruhig denkt, die Frage: „Wie ist es möglich, daß wir wieder zu vernünftigen Verhältnissen kommen?“ In den folgenden Zeilen soll versucht werden, einmal festzustellen, ob die deutsche Arbeiterschaft nötig hat, jetzt zu streiken und welche Folgen es haben kann, wenn von den Arbeitern nicht die Stimme der Vernunft gehört wird.

Schon lange vor dem Kriege führten in Deutschland die gewerkschaftlichen Organisationen einen Kampf um die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft.

Der Arbeiter sollte nicht als Sklave, sondern als freies Mann im Vaterlande leben.

Dieser Kampf ist nun mit Erfolg gekrönt. Worin die Erfolge bestehen, sei nachfolgend ausgeführt. Es sind da zunächst die Arbeitskammern, die für den Arbeiter durch seine Organisation gefordert wurden, zugestanden. Ferner ist für alle Arbeiter die Koalitionsfreiheit geschaffen. Dadurch ist jedem die Möglichkeit gegeben, sich frei und offen in Versammlungen und sonstigen Zusammenkünften auszupressen, ohne daß ihm Schwierigkeiten im Arbeitsverhältnis entstehen.

Dann sind weiter die Organisationen als berufene Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt.

Wer schon länger in der Organisation steht, und von den Kämpfen weiß, die um diese Anerkennung geführt sind, der weiß auch zu würdigen, welch ein großer Erfolg diese Anerkennung für die Arbeiter ist.

Wenn vor dem Kriege einem Arbeiter vom Abendstundentag gesprochen wurde, so konnte man die Meinung vorfinden, daß derselbe noch in weiter Ferne liege. Die Zeiten haben auch dazu beigetragen, den Abendstundentag zu erzeugen. Weiter sei auf die Vereinarbeit der Arbeiterorganisationen mit den Arbeitgeberverbänden am 15. November 1918 in Berlin hingewiesen, die besagen, daß so schnell wie möglich Tarifverträge abzuschließen seien. Was diese Tarife für die Arbeiter bedeuten, wissen auch nur diejenigen zu würdigen, die schon länger in der Organisation tätig sind. Sie bieten die Grundlage für den Aufbau einer sicheren Existenz für die gesamte deutsche Arbeiterschaft. Sie bieten ferner dem Unternehmer für seine Kalkulationen die Sicherheit, die für einen geordneten Betrieb nötig ist.

Dann sei noch auf die auf paritätischer Grundlage zu errichtenden Arbeitsnachweise hingewiesen. Auch die bedeuten für die Arbeiter einen guten Vorwärt im Kampf um die Gleichberechtigung.

Dann sind Schlichtungs- und Zentralausschüsse geschaffen, die alle Streitigkeiten zu erledigen haben, ferner die Arbeits-

ausfälle, die darüber zu wachen haben, daß die Vereinbarungen, die zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer getroffen sind, auch gehalten werden.

Was hier aufgeführt ist, zeigt, daß ein großes und reiches Arbeitsfeld vorhanden ist. Daß diese Arbeit, die geleistet werden muß, und geleistet werden kann, wenn die nötige Zeit vorhanden ist, braucht nicht besonders erwähnt werden.

Wie ist es denn nun in Wirklichkeit? — Von seiten einiger Leute, die früher nicht für die Organisationen zu haben waren, die jetzt seit kurzem derselben beigetreten sind, werden jetzt die unbilligsten Forderungen gestellt. Einige Radikalklassen suchen sich dabei durch maßlose Forderungen als die eigentlichen Arbeiterführer auszugeben.

Diese berühmten Arbeiterführer stehen, wenn es heißt die Forderungen zu begründen, meistens im Hintergrund und lassen andere Kollegen an der Spitze stehen, die sie eingebrockt haben. Bei ihrer Arbeitsmethode scheiden diese Spartakisten auch vor Gewalt nicht zurück. Die Gewerkschaftssekretäre, die dem unbilligen Treiben entgegenreten, werden in der schamhaftesten Weise verläumdert, als Verräter und Verräter mehr hingestellt. Dabei leisten dieselben eine Arbeit, die, wenn einmal wieder geordnete Zustände vorhanden sind, gewürdigt werden wird. Dann wird sich auch herausstellen, wer die Interessen der Arbeiter in ehrlicher Weise wahrgenommen hat. Dann werde denen, die durch ihr Handeln den Arbeiter zum Abgrund gebracht haben.

Daß bei dem Hasen und Jagen, welches bei den heutigen Zeiten an der Tagesordnung ist, nicht die segensreiche Tätigkeit entfaltet werden kann, für die schon vorher das Arbeitsfeld gezeichnet worden ist, scheint keiner zu beachten.

Hier sei dem Arbeitskollegen zugerufen: Wach auf und laß dich nicht durch radikale Reden betören. Frage dazu bei, daß wieder Ruhe einzieht in unser Vaterland, heißt, wo das Wort: „Freie Bahn jedem Tüchtigen“ in die Tat umgesetzt werden soll, wo jeder mit bauen darf und muß, wollen wir auch von diesem Recht Gebrauch machen.

Die alte Zeit, die dem Arbeiter wie ein Alp auf der Seele lag, die dem aufstrebenden Kollegen stets hindernd im Wege stand, sei für uns ein Lehrbeispiel.

Von einer kleinen Minderheit wurden wir früher diktiert. Alles ertragene und erduldete Unrecht hat der Arbeiterbevölkerung den tiefen Stolz ins Herz getragen, der sich Luft machen, dem gesamten Leben zu einer großen Gefahr werden kann. Diktatur der Arbeiterklasse müßte bei den anderen Berufsgruppen dieselben Folgen haben.

Nur dann, wenn wir die wahre Demokratie haben, die jedem Deutschen gestattet, seine Wünsche vorzubringen, können wir dem Volke den Frieden bringen, nach dem es sich sehnt. Wenn von den Arbeitern früher die Diktatur verworfen wurde, dann sollen heute alle ehrlich denkenden Arbeiter die Diktatur nicht nur verurteilen, sondern auch mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen, damit nicht eines Tages der Haß, den man auch durch eine Diktatur erzeugen muß, wenn sie von links kommt, neue Unruhen hervorbringt, die alle Errungenschaften mit einem Schlage beseitigen.

Wenn durch unsinnige Handlungsweise unsere Industrie zum Ruin gebracht wird, werden andere Länder dieselbe aufkaufen. Die Folge davon wird sein, daß wir Lohnsklaven anderer Völker werden. Mit Recht wird immer wieder betont, daß uns nur Arbeit retten kann. Durch den gewaltigen Krieg sind unserem Lande Schulden entstanden. Dieselben müssen getilgt werden. Unser Land ist aber so verarmt, daß wir nur durch unermüdlichen Fleiß und Arbeit Werte erzeugen, durch die wir nur die Schulden beseitigen können. Wollen wir weiter die so nötigen Lebensmittel haben, so müssen wir dafür Werte anbieten; denn für Papiergeld bekommen wir im Ausland nichts.

So lassen sich die Weltteile unzählig vermehren, die immer darauf hinweisen, daß wir nicht durch Streiks, bei denen keine Werte erzeugt werden, sondern durch Arbeit wieder zu geordneten Verhältnissen kommen.

Jeder muß sich klar darüber werden, daß wir nicht durch Radikalismus, sondern durch gegenseitiges Vertrauen aller Volksschichten wieder zu Macht und Ansehen gelangen. Aufbauen soll die Parole sein, daran wollen wir alle mitarbeiten.

Ein freies neues Deutschland wollen wir errichten, in dem sich jeder Deutsche wohlfühlt, an dem jeder mitarbeitet, und durch seine Mitarbeit die Verantwortung trägt, für das Ausfüllen unseres Vaterlandes.

Es soll nicht sein wie früher, wo man die Pyramide mit der Spitze nach unten baute, die oben die meisten Rechte haben und unten nichts, nein, auf dem Willen der breiten Volksmassen sei die Regierung aufgebaut. Wenn wir uns von diesem Gedanken leiten lassen, werden wir bald in eine bessere Zukunft blicken können.

Die Kosten des Bergarbeiterstreiks

Der größte Bergarbeiterausstand, den der Ruhrkohlenbergbau je erlebt, ist als beendet anzusehen. Wenn auch die Beteiligung am Ausstand im Vergleich zur Gesamtbelegschaftsziffer sich ungefähr auf gleicher Höhe gehalten hat, wie beim großen Bergarbeiterausstand 1905, so war doch die absolute Zahl der Streikenden, da die Belegschaft inzwischen um mehr als 100 000 zugenommen hat, jetzt wesentlich höher. Gar nicht zu vergleichen mit früheren Ausständen ist dieser Streik in Bezug auf die Höhe des angerichteten Schadens.

Die Bergarbeiter, die zum Teil annähernd 4 Wochen ausständig waren, werden in erster Linie unter dem Lohnausfall schwer zu leiden haben. Der Gesamtlohnverlust beträgt den bei dem Streik 1905 entstandenen Lohnverlust fast um das Vierfache, wobei allerdings die Steigerung der Löhne (von 4,01 Mark im 2. Viertel 1905 auf mehr als 14 Mark) zu berücksichtigen ist. Die Gesamtzahl der ausgefallenen Schichten beläuft sich auf 5 159 000. Unter Zugrundelegung eines geschätzten Schichtlohnes von 14,25 M. im Monat April ergibt sich nach den vorläufigen Feststellungen des Bergbauvereins ein Ausfall an Löhnen im Gesamtbetrage von 73,5 Millionen Mark, wovon

vielleicht der Ausstand im Jahre 1905 einen Lohnverlust von rund 19 Millionen Mark und der Streik von 1912 einen solchen von 7,8 Millionen Mark gebracht hat. Seit Beginn der Revolution ist den Bergarbeitern infolge der fast ununterbrochenen Streikbewegung ein Lohnausfall von rund 101 Millionen Mark entstanden. Die angegebene Lohnsumme ist nur ein kleiner Teil des Schadens, den die Bergarbeiter zu tragen haben. Wie sehr die durch den Streik hervorgerufene Verschlechterung der Lage Deutschlands auf die Verhältnisse der Bergarbeiter einwirkt, beweist eine Mitteilung des Erziehungsministers Schmidt, nach der die Preise für die ausländischen Lebensmittel infolge der dauernden Wirren um 50 Proz. erhöht haben.

Den Verlust der Werke auch nur annähernd festzustellen, ist unmöglich. Jedenfalls ist er infolge des Zusammengehens vieler Grubenbaue, des Verkaufens der tiefer liegenden Schichten, des durch die Stilllegung an den Tagesanlagen (besonders den Koksöfen, Gaswerken, chemischen Fabriken usw.) entstandenen Schadens so hoch, daß die Existenzfähigkeit vieler Werke ernstlich bedroht ist. Dazu kommt der Ausfall an nichtgeförderter Kohle, der neben den Werken auch der Allgemeinheit große Verluste zugefügt hat. Die Förderleistung beträgt für den Monat April etwa 3 950 000 Tonnen. Diese Menge repräsentiert bei einem Durchschnittswert von 42 Mark je Tonne einen Betrag von 140,7 Millionen Mark, um den unsere Volkswirtschaft nutzlos geschädigt worden ist.

Die Verluste an Löhnen und an Förderung sind aber die unwesentlichsten, die schlimmsten lassen sich zahlenmäßig gar nicht erfassen. Es seien von ihnen nur angeführt: Mindereinnahme der Eisenbahn durch entgangene Tarifgebühren, Stilllegung zahlreicher Fabriken wegen Kohlenmangels, Auszahlung von Erwerbslosenunterstützung an die dadurch arbeitslos gewordenen Arbeiter, Sturz unserer Valuta bis auf 30 Pfg. und damit Verteuerung der ausländischen Lebensmittel, Auswendungen für Transport und Verpflegung der Regierungstruppen usw. Es sei nur darauf hingewiesen, daß nach den Berechnungen sozialdemokratischer Blätter die Beunruhigung unserer Wirtschaft durch das Generallstreikfever in wenigen Tagen allein eine Entwertung unseres Geldes um 15,92 Milliarden Mark zur Folge gehabt hat.

Die Bergarbeiter, welche streikten, haben das deutsche Volk in seiner schwersten Not feig und verräterisch im Stich gelassen. In der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wird dieses Verhalten mit zu den dunkelsten Seiten gehören.

Das sozialpolitische Regierungsprogramm

entspricht nach der Sozialen Praxis den Erwartungen, die man nach der Zusammenfassung des Staatsministeriums zu hegen berechtigt war. In diesem haben die Sozialreformer Stegerwald, W. Heine und Dr. Südekum Gelegenheit, dem organischen sozialpolitischen Fortschritt Wege zu weisen. Auch unter den Unterstaatssekretären die teils schon ernannt, teils wenigstens in Aussicht genommen sind, finden sich bewährte Sozialreformer, so Dr. H. Heilmann, Professor Troeltsch, G. Hartmann, Göhre. Aus der Programmrede des Ministerpräsidenten Hirsch ist hervorzuheben, daß er dem Berufsbeamtenum warme Anerkennung zollte, eine zeitgemäße Gehaltsreform ankündigte und vorläufig auskömmliche Feuerungsanlagen zusicherte. Ueber die künftige Stellung des Beamtenums im neuen Staate vor allem über die Beibehaltung der Anstellung auf Lebenszeit und der Hinterbliebenenversorgung, sagte indessen der Ministerpräsident nichts. Die Beamtenschaft ist über jede Unklarheit auf diesem Gebiete sehr beunruhigt, hofft aber, daß die preussische Regierung nicht gefühllos die Befugnisse verweigere, auf die die Beamten, ohne die der Staat in der Revolutionszeit einfach zusammengebrochen wäre, Anspruch erheben dürfen. Hinsichtlich der Schulfragen kündigte Hirsch als Ziel die Einheitschule an. Für sofort sagte er die Abschaffung des Einjährig-Vorrecht, für „alsbald“ die Unterteilung des Unterrichts und der Vermittel zu. Ferner konnte er die Förderung mittelbarer Begabter, den Ausbau des Hoch- und Fortbildungsschulwesens und die Ausweitung des geistigen Horizonts und Stärkung des Gemüts- und Verstandeskräfte breiterer Volksschichten durch das Volkshochschulwesen versprechen. Von den sonstigen Ausführungen des Ministerpräsidenten, die eine lange Kette schöner Versprechungen enthalten, denen wir, wenn ihnen die Tat folgt, ausfühligere Betrachtungen widmen wollen, sei erwähnt, was er über Arbeiterschutz und Arbeitsnachweis sagte:

„Die Durchführung der Arbeiterschutzesetze ist durch sorgfältige Überwachung der gewerblichen Betriebe durch die Gewerbeaufsichtsbeamten unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen und der Arbeiterräte nach Maßgabe der Reichsgesetze sicherzustellen. Die Gewerbeinspektion ist systematisch auszubauen. Die Arbeitsvermittlung ist auszugestalten mit dem Ziele einer immer umfassenderen Beherrschung des Arbeitsmarktes. Der Berufsberatung läßt die Regierung besondere Förderung zuteil werden.“

Die Aussprache über das Regierungsprogramm förderte keine neuen Gesichtspunkte sozialpolitischer Art zutage. Sie befaßte sich wesentlich mit Wert oder Unwert der Revolution, worüber man jetzt schließlich noch kein abschließendes Urteil haben kann. Die in der Debatte hier wie übrigens auch in der Nationalversammlung zutage getretene Nervosität der Sozialdemokraten über eine angeblich drohende Gegenrevolution erscheint uns grandios. Wenn diese Partei jetzt ihre maßgebende Stellung zu schöpferischem Aufbau zu verwenden weiß, statt mit Wort oder Tat Konfessionen an den Radikalismus der nur auf Opposition gerichteten Wählermassen machen zu müssen, so gibt es keine Gegenrevolution. Weiß sie ihre Macht nicht positiv gestaltend anzubringen, dann hindern keinerlei Drohungen und Beschuldigungen eine Entwicklung über die uralte Radikalisierung hinweg zur Reaktion. Das ist einfach geschichtliche Zwangslage. Die Sozialdemokratie muß es vor allem zugeben, daß in dem Ausmaße, das die Gewaltpolitik der äußeren Feinde zuläßt, wieder gearbeitet wird. Gegen das geistlose Streben nach gleicher und hoher Bezahlung wandte sich Finanzminister Dr. Südekum in seiner Programmrede mit folgenden Worten:

„Was uns vorut, ist die Erkenntnis, daß Arbeit an sich selbst Arbeit, daß bei der ethischen Bewertung der Arbeit kein Unter-

schied zwischen einem Straßenseger, einem Beamten, einem Lehrer, einem Regimentskommandeur usw. gemacht werden darf. Nicht Gleichheit in der Bezahlung muß angestrebt werden — das hat auch die Sozialregierung ausdrücklich abgelehnt — sondern die Gleichheit der Achtung vor der Arbeit. Kommen wir dazu, dann werden wir auch eine hellere, freundlichere Zukunft für uns oder doch für unsere Nachfahren erröthen. Gelingt uns das nicht, dann mögen wir Mäße halten, soviel wir wollen, das Volk wird zugrunde gehen, dann werden auch innere Kämpfe und Bürgerkriege, die unsern Boden von neuem mit Blut düngen, bloß um eine neue Form des Zusammenlebens zu schaffen, zu nichts führen, was Bestand hat. Alle müssen zusammenstehen als eine Volksgemeinschaft, das Land soll allen gehören, alle eine wohlthätige Stätte bieten, aber es kann auch von jedem beanprucht, daß er seine Kraft, Fähigkeit und Begabung restlos in den Dienst der Allgemeinheit einsetzt.“

An diesen vortrefflichen Worten scheint uns besonders bemerkenswert die Erkenntnis, daß mit dem bloßen Rätebilden noch nichts erreicht ist. Wir brauchen keine neuen Organisationen, sondern einen neuen Geist. Daß es der Geist der Solidarität des ganzen Volkes sein muß, sagt Südekum mit aller wünschenswerten Klarheit. Hoffentlich ziehen die sozialdemokratischen Gewerkschaften die Konsequenzen daraus.

Tarifverträge und Volkswirtschaft

Deutschland steht am Anfang eines neuen wirtschaftlichen Zeitabschnittes. Ob derselbe mehr oder weniger volkswirtschaftlichen oder nationalökonomischen Charakter tragen wird, ist noch nicht abzusehen.

Das ist auch für die Beurteilung der Frage, wie der Tarifgedanke in der Gegenwart in Industrie und Gewerbe mit fast überreifer Schnelligkeit Eingang sucht, ohne großen Widerstand, wichtiger ist die Art und Weise, bestimmte Tendenzen und Unterströmungen mit Nebenabsichten im Auge zu behalten, die systematisch in die Tarifabschlüsse hineinzuspielen versucht werden. Hier die Augen offen zu halten, liegt im Interesse des Tarifgedankens selbst, der als wichtiger Grundpfeiler des industriellen, gewerblichen und Arbeiterlebens in unserer künftigen Wirtschaft diese tragen helfen sollen. Tarifähnliche Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben schon in Friedenszeiten die Tarifverträge als einen grundlegenden Faktor im Wirtschaftsleben bezelchnet. Im neu aufzubauenden Wirtschaftsleben wird der Tarifvertrag, oder der korporative Arbeitsvertrag, ein solcher Faktor in einem Maße sein, wie wir wohl kaum im Verlaufe eines wirtschaftlichen Zeitabschnittes unseres Volkes irgend ein größeres Gesetz haben entstehen, sich entwickeln und auswirken lassen. So wie die Dinge sich entwickeln, kann der Tarifgedanke nur seiner Vollendung zugeführt werden, wenn er durch die Schaffung eines einheitlichen Arbeiter- und Angestelltenrechtes in Gesetzesform gekrönt wird. Ein solches wurde ja schon vor dem Kriege gefordert. Heute ist die Forderung brennender und berechtigter denn je. Bei längerem Fehlen eines solchen, würden die korporativen Arbeitsverträge nie das werden, was sie sein sollen: „Friedensinstrumente im Wirtschaftsleben“.

Bruchstücke solcher gesetzlicher Grundlagen bietet schon die Verordnung des Rates der Reichsaufsicht vom 23. November 1918 über Tarifverträge. Aber diese sollen und können in ihrer ganzen Beschaffenheit nach nur ein Beleg sein. Man kann ruhig zu geben, daß die gesetzliche Regelung der in Betracht kommenden Einzelfragen eines Tarifrechtes die allergrößte Vorsicht und Überlegung erfordert und daß darum doch feststellen, daß man als Praktiker jeden Tag das Fehlen derselben besonders empfindsam verspürt.

Das ist besonders dort der Fall, wo Gewerkschaftsführer der sozialdemokratischen Gewerkschaftsrichtung sich noch nicht frei gemacht haben von dem Gedanken des auf ihre Gewinnung und parteipolitischen Ziele zugeschnittenen Tarifmonopolstrebens. Dort, wo trotz Arbeitsgemeinschaft der drei großen Organisationsrichtungen diese jede Gelegenheit benutzen und ohne Krupeln arglistig schaffen, christliche und S.-D.-Gewerkschaften vom Tarifvertrage selbst, oder doch wenigstens vom wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung desselben auszuschalten suchen.

Hier setzt das gleichmäßige Standes- und Volkswirtschaftsinteresse sowohl von Arbeitgeber als Arbeitnehmer ein, sofern sie ernsthaft auf dem Boden des Tarifgedankens stehen. Es wäre verhängnisvoll für die praktische Wirksamkeit des Tarifgedankens selbst sowohl, als für den Aufbau des deutschen Wirtschaftslebens, wenn der Tarifvertrag, wie in der Vorletzigeit (s. B. Buchdruckerart und zum Monopolvertrag einer einzigen Organisationsrichtung und damit zum Streikobjekt zwischen den nun einmal vorhandenen verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen herabgedrückt würde. Den Neuaufbau des Wirtschaftslebens erschwert dies dadurch, daß die Stabilität auf dem Gebiete der Lohn- und Gehaltsregulierung beeinträchtigt wird. Monopoltarife haben bei dauerndem unvermeidlichem Personalwechsel Neben- und Sonderabmachungen zur natürlichen Folge. Besonders dann, wenn in einem Betriebe die bisherige Organisationsrichtung in die Minderheit gedrängt wird. Neuforderungen, formaler Vertragsbedingungen sowohl, als solche materieller Art, sind dann unausbleiblich. Diefere Beunruhigungen von Industrie und Gewerbe sind damit nicht nur möglich, sondern im Monopolvertrag geradezu als Voraussetzung dafür geschaffen. Solche Beunruhigungen und Unsicherheit kann aber Gewerbe und Industrie ohne Schaden zu leiden, nicht ertragen.

Den systematischen Aufbau des Tarifgebäudes selbst, der sich doch keineswegs allein auf bestimmte Betriebe und Bezirke ohne Rücksicht auf andere vollständig zusammenhanglos aufbauen kann, erschwert eine solche Entwicklung nicht minder. Die Stabilität der Lohn-, Gehalts- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten wird nicht weniger dadurch beeinträchtigt. Ganz abgesehen davon, daß Monopolverträge ständig eine Quelle von organisationsegoistischen Reibungen, Auseinandersetzungen und terroristischen Bestrebungen an den Arbeitsplätzen und in den Büros abgeben.

In einer Zeit aber, wo Arbeitnehmer und Arbeitgeber zum Wiederaufbau, zur Konkurrenz und Leistungsfähigkeit aller Wirtschaftszweige die größtmögliche Geschlossenheit und Zusammenarbeit brauchen, könnten derartige Zustände nur zum Schaden aller Beteiligten wirken.

Das ist aber doch nie die Absicht der in den Arbeitsgemeinschaften vereinigten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen gewesen, der Entwicklung solcher Zustände auch nur

Vorschub zu leisten. Die den Arbeitsgemeinschaften deutscher Arbeitnehmer und Arbeitgeberverbänden angeschlossenen Organisationsstellen sollten daher schon im Interesse ihres Ansehens, mehr noch aber um den gestellten Aufgaben gerecht zu werden, strengstens darüber wachen, und durchzusetzen suchen, daß Tarifverträge nur auf der Grundlage der „Arbeitsgemeinschaft“ abgeschlossen werden. Die Gleichberechtigung und Gleichachtung aller beteiligten Organisationen des betreffenden Gewerbes oder Industriezweiges ist sowohl für alle Verhandlungen im Anfangsstadium wie im Endstadium notwendig, um alle Voraussetzungen, Vergleichsbestimmungen, Vertragsstreife und Gegenleistungsgarantien in möglichst weitestgehender und gründlicher Form den Einzelgliedern der beteiligten Massenorganisationen zum Bewußtsein zu bringen. Nur so kann der Tarifvertrag in seiner praktischen Anwendung die tausendfachen Einzelwirkungen erzeugen, die er zur Befriedung des Industrie-, Gewerbe- und Arbeiterlebens und der Volkswirtschaft erzeugen soll. Undernfalls wäre gleich beim Aufbau schon der Keim zum Zerfall des werdenden deutschen Tarifgebäudes gelegt. Im Wandel der Zeiten, die, wie gegenwärtig an radikalem Bestimmungsumschwung der Masse auch nicht gerade arm sind, könnten sonst selbst die von gemäßigter sozialistischer Seite angestrebten und abgeschlossenen Monopolverträge sehr leicht durch radikalsozialistische Elemente zerstört werden. Damit würde das Vertrauen zu den Tarifverträgen überhaupt untergraben.

Der Volkswirtschaft würde ohne Not gleich im Anfang ihrer Entwicklung ein wichtiges Glied ausgekratzt oder lahmgelagt, welche sie zur Erhaltung notwendig braucht. Dabei würde sie nicht nur mit erhöhter Auslandskonkurrenz, sondern auch noch mit fortgesetzten inneren wirtschaftlichen Erschütterungen zu kämpfen haben.

Die Arbeiter und Angestelltenchaft in ihrer Allgemeinheit hätte unter den Folgen eines dann folgerichtig wieder einsetzenden, wilden oder halbwildem Zufallsvertragssystem mit all seinen, durch Konjunktur, Konkurrenz und Spekulation hervorgerufenen Schwankungen und Existenzkämpfen zu leiden.

An Arbeitgebern sowohl wie Arbeitnehmern und den verantwortlichen Leitern der in Frage kommenden Organisationen liegt es, hier auf der Hut zu sein, damit nicht engherzige und kurzfristige Pflücker das große Werk der deutschen Tarifgemeinschaften verderben.

Die Allgemeinheit ist aber insofern an dem Gang der Dinge interessiert, als sie, wie alle Volksgenossen auf Gebeld und Verderb mit der deutschen Volkswirtschaft aufs engste verknüpft ist. Darum hat auch sie ein Interesse an „offenem und ehrlichem Spiel“ auf dem Gebiet der Tarifschlichtung.

Nicht Streit und Kampfobjekt bestimmter gewerkschaftlicher Forderungen, sondern Friedensinstrument der gegenseitigen Verständigung in der neuen Volkswirtschaft muß der Tarifvertrag sein.

Um Abgrund

Mit tief in unser Wirtschaftsleben eingreifenden Waffenstillstandsbedingungen, Beibehaltung der Hungerblase und der Revolution, schloß der Weltkrieg für Deutschland. „Nicht gilt der Krieg dem deutschen Volke, sondern der preussischen Militärkaste mit ihrem Kriegsherrn, für die Völkerverletzung und des deutschen Volkes Freiheit.“ so erklang es immerfort im Kreise der Entente. „Hört mit dem Hohenzoller, her mit der Republik!“ so klang das Echo der deutschen Sozialdemokratie. „Sozialisierung bedeutet Wohlstand, höhere Beschäftigung und persönliche Freiheit für alle geistig und körperlich schaffenden Menschen!“ so liest man es in den sozialdemokratischen Zeitungen. Und die Wirklichkeit?

Wahrlich ist die Volkswirtschaft, doch mit fehlt der Glaube. Unzählige Wehnhilfen mit der Entwicklung der russischen Revolution, die dort mit dem Frieden von Brest einsetzte, muß konstatiert werden. Seit Jahresfrist aber wartet das russische Proletariat, der russische Bauer auf die Segnungen und den Wohlstand der russischen Republik. Auch dort löste ein Ministerium das andere ab, immer in radikalerer Form. Auch dort trat ein Rädesystem in die Erscheinung, welches leicht gerufen und gebildet wurde, aber dessen Geister man nicht los werden kann.

Das Ministerium Hertling als Volksministerium brachte in wenigen Wochen Reformen, die im Drogelkeitsstaat in Jahren nicht erreicht worden wären. Doch die demokratische Welle brauste gegen dieses mit seiner Flut und segte es hinsort, um dem Ministerium des Prinzen Max von Baden den Platz zu räumen. Von der Demokratie zum Sozialismus war ja nur eine ganz kurze Wegstrecke, und so machte der Prinz den Genossen Ebert und Scheidemann Platz. Mit Landesverrätern, Mördern und Dieben wurde auch die Freiheit wieder gegeben, der höheren Beschäftigung und der persönlichen Freiheit wegen. Er eröffnete mit Rosa Luxemburg eine Nebenstelle der Regierung, und viel Volk strömte ihnen zu. Alles hatte seinen Unterbau in den Soldaten- und Arbeiterräten. Und alle behaupteten nun für sich den rechten, echten, wahren Sozialismus in Erbpacht genommen zu haben. Was bisher theoretisch erobert und gepflückt, nicht erprobt worden war, nun mußte es Praxis werden. Die Stunde des Proletariats hatte geschlagen. Nun kam der verheißene, lang ersehnte Wohlstand für Bürger- und Arbeiterland. Doch es erwies sich als trügerische Hoffnung. Härter denn je drückt der Feind das Volk, obgleich sein Begehren nun in so weitestem Maße erfüllt worden ist. Schlimmer als vorher würgt der Hunger in deutschen Landen. Bedrohlich wurde der Unterschied zwischen „Dein und Mein“. Die körperlich schaffenden Menschen, in eng parteibökrätischer Weise seit Jahrzehnten erzogen, verlangen Rat, verlangen Wahrheit der ihnen gewordenen Offenbarungen. Während Ebert und Scheidemann längst aus der Distanz zur Devisenüberzeugung sind, experimentiert umso mehr das „Volk“ nach sozialdemokratischen Rezepten. Es wird gestreift, gefordert, sozialisiert, musiziert, getanzt, verordnet, gewählt u. a., alles zu dem Zweck, „den Wohlstand des deutschen Volkes zu haben und zu fördern“. Jene, die nie genug Schimpfwörter fanden gegen die rachsüchtigen Kriegsverlängerer und Mörder der Völker, jene, deren Parole lautete: „Völker aller Länder, vereinigt euch!“ beginnen Krieg und Mord im eigenen Lande zur Erhaltung und Sicherung der revolutionären Errungenschaften und höheren Beschäftigung. Anstelle der christlichen Moral und Duldsamkeit tritt die sozialistische Bruderkiebe nach der Formel: „Willst du nicht mein Bruder sein, schlag ich dir den Schädel“

ein! „Den Grundlagen der Existenz und des täglichen Brotes begegnet man mit Mißachtung. Die Arbeit, der Born des menschlichen Glüdes, denn Mühseligkeit ist aller Laster Anfang wird vernachlässigt. Die arbeitstätige Durchschnittsbevölkerung an Kohlen betrug im Juni 1918 346 000 Tonnen, im September 326 000 und im Oktober 318 000. In Schlessen ergibt die Förderung folgende Zahlen: Die Leistung, die im Frieden 1,3 Tonne, im Kriege 0,8 Tonne betrug, ergibt jetzt pro Kopf nur noch 0,5 Tonne, vermindert gar 0,3 Tonne. Die Leistung der deutschen Waggonfabriken an normalspurigen Güterwagen aller Art ist gegen die Zeit während des Krieges und namentlich seit dem Revolutionsausbruch nicht unerheblich zurückgegangen. Sie betrug im September 1918 4789 Wagen, im Oktober 4511, im November 3264 und im Dezember 3047 Wagen. Nur Rechte werden beansprucht, doch können sich diese doch nur auf Pflichten aufbauen. Das Nationalvermögen, der Nationalstolz und die nationale Würde schmelzen dahin, während demgegenüber Mißtrauen, Mißfallen und Verachtung im Auslande und bei der Entente uns gegenüber entstehen.

Diese ganze Entwicklung ähnelt so sehr der russischen, die nun in Ungarn vollendet ist, daß es uns bange ist um unser liebes Vaterland. Hat sich nicht auch bei uns unter Berücksichtigung des oben Dargelegten ein Glied nach dem anderen angeschmiebet in Form und Gänge der russischen Revolutionskette? Auch bei uns flattert immer noch der russische Rubel, auch bei uns halten die Unentwegten das Ziel im Auge, den Bogen straff gespannt.

Tief und schwarz in Nacht gehüllt liegt der Abgrund vor uns. Ein Schaudern packt des ehrlichen deutschen Mannes Sinn. Der Sturz in die Tiefe bedeutet Verlust des Lebens, ist ein Ende mit Schrecken.

Russische Erfahrungen mit der Räterepublik

In seinem Buch über die nächsten Aufgaben der Räterepublik sagt Lenin, Rußland sei für den programmatisch gepflegten Kommunismus nicht reif. Um wieviel mehr trifft das gerade für Deutschland zu, das mehr wie jedes andere Land auf Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen angewiesen ist. Um dem völlig zerrütteten Wirtschaftsleben wieder auf die Beine zu helfen, schlägt Lenin auf Grund seiner Erfahrungen eine Reihe von einschneidenden Maßnahmen vor. So unter anderem:

Wiedereinführung der Alltagsarbeit.
Anstellung von Spezialisten für den Arbeitsprozeß.

Einführung des Taylorsystems.

Jeder Arbeiter weiß, was diese Maßnahmen bedeuten. Den kommunistischen Grundged, daß für alle Arbeiter der gleiche Lohn gezahlt werden soll, wirft Lenin in die Ecke und erhebt den kapitalistischen wieder auf den Schild, wonach der Fleißige und Tüchtige mehr Lohn erhalten soll, als der Faulen und Schlämpe. Auch die Gleichmäherei im Betrieb will Lenin abschaffen und dafür Spezialisten, also Vorarbeiter, Meister und sonstige Leiter einsetzen, um den Arbeitsprozeß wieder auf eine ertragsfähige Höhe zu bringen. Aber nicht nur Spezialisten, denen enorme Gehälter (Lenin ist bereit 25 000 bis 100 000 Rubel zu zahlen) bewilligt werden, sollen angestellt werden, sondern diese Vorarbeiter, Meister und Techniker sollen durch das Taylorsystem auch Befehle in die Hand bekommen, um die Organisation- und Disziplin im Betriebe aufrecht zu erhalten zu können. Die übermäßige Anstrengung und die vorzeitige Abmüdigung derselben durch das Taylorsystem, gegen das sich die deutsche Arbeiterschaft immer gestäubt hat, machen Lenin keine Hoffnungen. Nur in intensiver Arbeit und Bevorzugung fleißiger und williger Arbeiter sieht der Diktator des russischen Volkes den Ausweg aus dem russischen Trümmersfeld.

So wie Lenin, denkt auch sein Mitarbeiter Trozky, der sich namentlich über die Maßnahmen auf militärischem Gebiet in einer Weise äußert, aus der unsere Kommunisten sehr viel lernen können, wenn sie wollen. Trozky erklärt nicht nur, daß man ohne Heranziehung der militärischen Spezialisten, also der Offiziere und Generale, nicht auskomme, sondern daß diesen Spezialisten auch besondere Rechte eingeräumt werden müssen.

Wenn die Väter der Räterepublik sich heute zu dieser Erkenntnis durchgerungen haben, so wird es wohl keinen, der es mit dem Wohl des Volkes ehrlich meint, geben, der an der Nichtigkeit der Lenin-Trozky'schen Erfahrungen zweifelt.

Müssen wir erst alle Irrungen und Wirrungen erleben, um nachher doch das zu tun, was jetzt unter viel leichteren Bedingungen zu tun ist?

Nein, das müssen wir nicht! Es ist immer der Stolz unserer Arbeiterschaft gewesen, aus der Geschichte zu lernen, die Fehler der anderen sich zur Ruhe zu machen und so vor Enttäuschungen bedahrt zu bleiben.

Das deutsche Volk kann seinen Leidensweg abkürzen, wenn es, statt russische Dinge nachzuahmen, aus russischen Erfahrungen die richtige Lehre zu ziehen versteht.

Noch ist es Zeit dazu!

Wie beglückend die Räterepublik auf die Volkswirtschaft wirkt und wie verlogen die Radikalen sind, denen zufolge Rußland Lebensmittel abgeben kann, erfährt man aus einer Statistik der Moskauer Lebensmittelpreise. Laut Angaben der Sonntagsummer vom 16. März der in Moskau erscheinenden Zeitung „Ekonomicheskaja Schisla“ waren die Moskauer freien Marktpreise am 15. März folgende:

	Rubel
Hoggenbrot	20-30 pro russ. Pfund (453 Gramm)
Zucker (Würfel)	2,50 pro Würfel
Sacharin	10-12 Gramm
Schafschett	75-80 russ. Pfund
Schweinesett	80-90 russ. Pfund
Fleisch	30-35 russ. Pfund
Schweinefleisch	70-80 russ. Pfund
Pferdefleisch	13-15 russ. Pfund
1 Huhn	35-40 Stück
1 Gans	45-60 Stück
Wurwaren	30-60 russ. Pfund

	Rubel
Alkoholen	20-40 „ russ. Pfund
Glüh (Wass)	180 „ russ. Pfund
Gerlinge	30-40 „ Stück
Kablar	320 „ russ. Pfund
Milch	8-10 das Kruschla (= ¼ Liter)
Saure Sahne	25-30 „ russ. Pfund
Schweizer Käse	120 „ russ. Pfund
Eier	70 „ 10 Stück
Tea	200-300 „ russ. Pfund
Nichorie (See-Ertrag)	30 „ russ. Pfund
Kaffee	80-100 „ russ. Pfund
Schokolade (Pulver)	250 „ russ. Pfund
Hefe	32-40 „ russ. Pfund
Honig	80-100 „ russ. Pfund
Butter	100-120 „ russ. Pfund
Hanf	40-80 „ russ. Pfund
Getreide	35-40 „ russ. Pfund
Kakao	70-80 „ russ. Pfund
Minderfett	70 „ russ. Pfund
Bilze (getrocknet)	100-120 „ russ. Pfund
Kartoffeln	7-8 „ russ. Pfund
Wohrraben	6-8 „ russ. Pfund
Rüben	7-9 „ russ. Pfund
Kohl	15 „ russ. Pfund
Sauerlohl	7 „ russ. Pfund
Wohrraben	15 „ russ. Pfund
Salzgurken	10 „ 10 Stück
Seife (einf.)	25-30 „ russ. Pfund
Tollkühlfett	15-20 „ Stück
Elektri-Berzen	50 „ russ. Pfund
Händhölzer	3 „ Schachtel
Jigaretten	10-20 „ 20 Stück
Röhrgarn Schwarz	15-20 „ Rolle
weiß	18-20 „ Rolle
Rahnadeln	6 „ Päckchen
Seidwägen	
für Herren	240-380 „ Paar
für Damen	220-380 „ Paar
Schuhe der Fa. Storkhof	700-800 „ Paar
Schuhe, geböhl. Arbeit	350-900 „ Paar
Stiefel hohe	550-1000 „ Paar

Der russische Rubel zählte vor dem Kriege 2,16 Mk. Der russische Händler verkauft auch jetzt noch nur notgedrungen einen Teil seiner Warenvorräte zu obigen vorgeschriebenen Marktpreisen und wird für den übrigen, wahrscheinlich den Hauptbestandteil seiner Waren, auf Schlechtwegen noch beträchtlich höhere Preise erlangen. Das ist der Erfolg der „Räterepublik“. Deutscher Arbeiter, sieh dich vor!

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 11. Mai, der 19. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. Mai bis 17. Mai fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Necklinghausen. Mit Ausbruch der Revolution machten sich auch hier in Necklinghausen „starke Männer“ bemerkbar und gerade waren es jene, die während des Krieges vor lauter Schlingengrabenanget in allem ihr Unheil witterten. Mit „Revolutionserfolgen“, die bisher keine biden Waden brachten und dem Achtstundentag, von dem der sozialdemokratische Staatssekretär bekräftigt, ob wir ihn beibehalten können, wurde die Arbeiterschaft der Firma Pfingsmann „besoffen“ gemacht und siehe da, endlich konnte auch der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hier Fuß fassen. Nun war ja der Arbeiterschaft geholfen, zumal auch der Arbeiterschuss die beliebte rote Farbe annahm, auch der Obmann. Nun gabs Bewegung bei Pfingsmann, es sollte ausgedummt werden, damit die Arbeiter auch immerfort noch den „Erfolg und die Proletarierstärke“ der Revolution mit Herz und Leib erlasse. Und da „Staatsklugheit mit Sozialdemokratie“ identisch ist, so macht man solche Kleinigkeiten wie eine Differenz mit dem Arbeitgeber wegen Umlegung der Arbeitszeit ohne Anrufung der gewerkschaftlichen Organisation, zumal, wenn an der Spitze des Werkes ein Obmann steht, der die gewerkschaftlichen Grundregeln und Taktik in seiner langwährenden Verbandsmitgliedschaft voll und ganz beherrscht. Was schadet es denn, wenn die Arbeiterschaft solche Staatsklugheit mit zwei unndigen Streikschlägen bezahlen muß, wenn nur Herr Sozialdemokrat „Männerstolz“ mal beweisen konnte, daß man da ist und im „Zukunftstaat“ doch auch seine Bedeutung hat. Wichtig war der Streik durchaus nicht, denn eine solche Sappalle wäre sehr leicht ohne solches Kräftmeierlum zur Erledigung gekommen.

Das mußte sich denn auch in Gegenwart des Herrn Pfingsmann der Obmann des Arbeiterausschusses und „Führer“ der Bewegung von dem Vertreter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes sagen lassen. Und der Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes betonte in der den Verhandlungen folgenden Versammlung, daß Herr Genosse Niehus sich wirklich keine Vorbeeren bei der Bewegung um sein junges Haupt gemunden hätte. Nichts gelernt und nichts vergessen, ja hat Niehus da gefessen. Eine ansehnliche Summe an Verlust dankt die Kollegenschaft N. und seinen Drahtseilern. Das eifige Schweigen, welches darauf folgte, und das selbst Genosse N. in seinem Verbandsvertreter keinen Verteldiger fand, war doch Beweis genug, daß dieser nochmals bekräftigte, was schon bei Anwesenheit des Herrn Pfingsmann gesprochener worden war. Und wenn die Arbeiterschaft heute einmal all das „Angenehme“ betrachtet, was mit der Bewegung in Rußland gewonnen werden mußte, dann liegt der „Erfolg“ offenbar zu Tage. Solche Tatsachen lassen sich auch mit Hurra nicht überheßern, es sei denn, daß wirklich alle Arbeiter der Firma Pfingsmann dumm genug sind, auf solches Blendwerk hereinzufallen. Wir glauben nicht.

Unsere Mitglieder bei der Firma Pfingsmann wollen Augen und Ohren offen halten und die, die einer gefunden, gewerkschaftlichen Bewegung und Taktik suadain sind, mit

ausfallenden Worten dem christlichen Metallarbeiterverband zuzuführen, zur Stärkung desselben, zur Wehrung des Einflusses unseres Verbandes, um damit das Wohl der Metallarbeiterschaft zu fördern.

Siegen. Am Sonntag, den 30. März, fand hierfestlich eine fast besuchte Konferenz der Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute des Christlichen Metallarbeiterverbandes des Kreises Siegen statt. Die Verwaltungsstelle Siegen unseres Verbandes hat eine derartige Entwicklung angenommen, daß eine Teilung derselben notwendig war. Mit dem jeweiligen Sitz in Wehden, Olpe und Dillenburg sind neue Verwaltungstellen des Verbandes errichtet worden.

Aus den erstatteten Berichten der Gewerkschaftssekretäre Kasper Mauer und Haas, sowie aus der reichlichen Aussprache der Delegierten sei folgendes angeführt: Die gewaltigen Umwälzungen in Deutschland stellen die Arbeiterorganisationen im allgemeinen vor große Aufgaben und besonders die nichtsozialdemokratischen Verbände vor eine schwere Belastungsprobe. So habe der Endkampf der Arbeiterschaft um ihre Gleichberechtigung, der Ausbruch der während des Krieges angesammelten Mißstimmung, der unglückselige Ausgang des Krieges, der Lebensmittelmangel, der Hunger und die Teuerung, die Revolution, die blutigen Auseinandersetzungen über die Meinungen im sozialdemokratischen Lager, die anderweitig vorgeschommenen tödlichen Streiks und die namhaften Lohnherabsetzungen, die politischen Wahlen, dazu der Streik um die Auslegung der Verträge mit dem Arbeitgeberverband, die Umstellung der Betriebe und der Arbeiterkräfte, die Einstellung der Kriegsteilnehmer, der Mangel an Betriebsmitteln oder an Aufträgen, die zu Betriebsbeschränkungen und Lohnminderungen führten, sowie sonstiges mehr, der vorhandenen Stimmung und der gewerkschaftlichen Tätigkeit ein bezeichnendes Gepräge gegeben. Dazu brauchte die sozialdemokratische Agitationsstelle durch die Rede und redete einer Vereinfachung der Arbeiterverbände das Wort; wovon natürlich keine Rede sein kann. Mit Freuden könnte heute festgestellt werden, daß die christlichen Gewerkschaften im allgemeinen und namentlich auch hier diese Sturm- und Drangperiode glücklich überstanden und in ihren Mitgliederbeständen wie in ihrer grundsätzlichen Anschauung gestärkt aus diesem Kampfe hervorgegangen seien.

Die Erfolge und die erzielten Wirkungen der reichhaltigen Tätigkeit seien unbestreitbar gute und liegen auch z. B. im allgemeinen Interesse. In den Arbeiterräten, die die Revolution brachte, wurde, unbeschadet der grundsätzlichen Einschätzung dazu, rührig mitgearbeitet und haben diese Ausschüsse bei uns als Uebergangsausschüsse betrachtet, auch gute Wirkungen erzielt und namentlich Schlimmeres verhütet. Wo namentlich die Wahlen der Gemeindevertreter nach demokratischen Grundsätzen erfolgt ist, dürften die Gemeindevertretungen die diesbezüglichen Aufgaben der A.-M. abfüßen. Eine erprobte Tätigkeit der Verbandsvertreter wurde auch in den wirtschaftlichen Beobachtungsausschüssen geleistet, namentlich auf dem Gebiet der Erwerbslosenunterstützung. Die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften zu den politischen Wahlen hat sich sowohl für diese selbst, als auch für die Anliegen der Arbeiterschaft wieder durchaus bewährt. So wurden in die Nationalversammlung 34 christliche Gewerkschaftler gewählt. Die Zahl der Vertreter zu den Landesversammlungen bewegt sich in demselben Verhältnis. Bei der Stadtverordneten- und Gemeinderatswahlen haben die christlichen Gewerkschaftler ebenfalls ihren Mann gestanden und einen großen Einfluß gefunden. Diese gewählten Vertreter gehören allen bürgerlichen Parteien an und werden dieselben sowohl in den Parteien wie in den Parlamenten ihre Ansichten durchzusetzen sich bestreben. Eine weitere durchgreifendere Betätigung der christlichen Arbeiter in den bürgerlichen Parteien und in den konfessionellen Vereinen sei jedoch dringend notwendig.

Die getroffenen Abkommen mit dem Arbeitgeberverband haben infolge der in den Verträgen ausgenommenen Werklieferungen zu einer ganzen Reihe von Differenzen geführt, wodurch leider die durch die Verträge erzielten Vorteile nicht zur Wirkung kamen. Namentlich wurden diese Differenzen verschärft durch die Bezahlung von Lohnstrafen, wobei zwischen dem Arbeitgeberverband und den Arbeiterverbänden eine Verständigung nicht zu erzielen war. Auch verschiedene Lohnbewegungen nahmen einen ernstlichen Verlauf, bezüglichen auch die Frage über Festsetzung der Arbeitszeit und der Pausen. Die ordnungsmäßige Erledigung dieser Anliegen verzögerte sich, weil anfänglich der Schlichtungsausschuß aufgehoben worden war, die Vorsitzende desselben wiederholt wechselte und der Schlichtungsausschuß erst reichlich spät wieder errichtet wurde. Es verschleppten sich daher die Anträge der Arbeiter, das Vertrauen unter der Arbeiterschaft zu dem Schlichtungsausschuß kam ins Wanken und sind unter Würdigung all dieser Umstände auch die erfolgten Arbeitsniederlegungen zu betrachten, die hier mit politischen Fragen oder mit übertriebenen Lohnforderungen nichts zu tun hatten.

Aus den Wünschen dieser Lohnbewegungen heraus müßten wir jedoch auch hier zu geordneten und möglichst einheitlichen Lohnverhältnissen für gleichartige Betriebe kommen. Dieses sei nur durch Abschluß von Kollektivverträgen möglich, wie diese auch der Arbeitgeberverband durch den allgemeinen Vertrag zugesagt hat. Der entgegenstehenden Schwierigkeiten sei sich die Arbeiterschaft wohl bewußt; wo jedoch ein Wille zu den Tarifverträgen vorhanden wäre, da zeigte sich auch der Weg. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sei man mit den Tarifverträgen in der Metallindustrie schon erheblich weiter, fast dessen würde im Siegerland noch aber auchherab Kleinkram gestritten. Ueber die Gestaltung der Tarifverträge und über deren Inhalt, so über die Lohn- und Abordräge, Wohnung, Bezahlung von Auszubereiten, Urlaubszulagen, Urlaub usw., brachten die Delegierten ihre Meinung zum Ausdruck. Nur durch engsten Anschluß an die Organisation und wirklicher Durchsetzung gewerkschaftlicher Sitten und Disziplin würden sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tarifiell und im allgemeinen Interesse legend verhalten lassen. Den diesbezüglichen Verhandlungen der Arbeiterverbände mit dem Arbeitgeberverband sei deshalb die größte Beachtung zu schenken und wurde von der Verbandsleitung wiederholt auf die Notwendigkeit der Gewinnung von einwandfreien, wahrheitsgetreuen und nüchternen Materials für die Vorarbeiten der Verträge durch die Arbeitervertreter hingewiesen.

Mit weiterer Aufgabe der Zukunft stellte die Konferenz die Erreichung der Familienversicherung in den Krankenkassen auf. Außerdem wurden Maßnahmen beschlossen, um das bei der Zustellung von Lebensmitteln, die namentlich aus dem Ausland kommen sollen, der Kreis Siegen nicht wieder benachteiligt würde, sondern daß ein angemessener Anteil von denselben für ihn sicher gestellt werde und gerecht verteilt würde.

Von Beschluß der Konferenz bildete eine Aussprache über innere Verbandsangelegenheiten und fand damit die anstehende Tagung mit dem Selbstnis der Delegierten, die christliche Arbeiterbewegung noch weiter zu stärken und ihren Grundfragen nach zu handeln, ihren würdigen Abschluß.

Dillenburg-Neudorf. Die hiesige Jahreshalle hatte am Sonntag, den 27. April, als Schlußfest ihres Winterkursus für jugendliche Mitglieder einen Theaterabend veranstaltet. In seiner Begrüßungsrede hieß Gewerkschaftssekretär Elfer die zahlreich erschienenen herzlich willkommen. Nach einigen eintretenden Sätzen über den christlichen Metallarbeiterverband kam der Redner auf die christliche Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen zu sprechen. Während die sozialdemokratischen Gewerkschaften zum größten Teil noch im Dienste der sinnlosen rabulastischen oder Nichts-Holitik der sozialdemokratischen Partei gestanden hätten, wären die christlichen Gewerkschaften in positiver Gegenwartsarbeit bestrbt gewesen, die Bedürfnisse der Arbeiterschaft Schritt für Schritt zu befriedigen. Im Verein mit der sozialdemokratischen Partei haben sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften die Befreiung der Arbeitermassen zur ersten Aufgabe gesetzt. Dagegen haben die christlichen Gewerkschaften neben ihrer positiven Arbeit zur Erzielung besserer Arbeitsverhältnisse in erster Linie auch ihre Mitglieder zu einsichtigen Staatsbürgern zu erziehen gesucht. Die natürliche Folge war, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften dem Sozialismus den Boden vorbereiteten, die christliche Gewerkschaft aber mehr zur Besonnenheit der Arbeiterschaft beitrug. Ihr sei es denn auch in der Hauptsache zu danken, wenn die Vernunft in der Arbeiterschaft gegen das schädigende Treiben der Sozialisten immer wieder die Oberhand gewann. Der Redner kam dann auf die neuen Rechte zu sprechen, welche die Umwälzungen der letzten Monate der Arbeiterschaft gebracht haben. Auch die Frauen haben jetzt das Mitbestimmungsrecht. Daraus folgt auch für die Frau die Pflicht zur gewerkschaftlichen und politischen Schulung. Die Männer und Frauen des Arbeiterstandes hätten jetzt gemeinsam über ihre künftigen Geschicke zu beraten. Wie sich die versammelten Männer und Frauen zur gemeinsamen Freude und Unterhaltung zusammengefunden hätten, so sollten sie auch im gemeinsamen Streben sich innerlich stets miteinander verbunden fühlen. Erst wenn jeder in seinem Maße die christliche Gewerkschaftsbewegung zu fördern trachte, wird sie auch in der Bedeutung gelangen, die ihr nach ihren Idealen und innerem Werte auch zukommt. Der Besatz bedies, daß der Redner keinen Zuhörer mit dem Herzen geredet hatte. Der Begrüßungsrede folgten in buntem Wechsel die einzelnen Gesang- und Theateraufführungen. Mitwirkende an dem Abend waren der Männer-Quartettverein „Minnosch“, die Theatergesellschaft Neudorf und der Kleingewerkschaftsrat Karl Zimmermann. In heftigen und interessanten Darstellungen, hoch ernst, bald wieder mehr humoristischer Art verstanden sie, die Besucher in gehobener Stimmung zu erhalten.

Görde. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nahmen am 1. Mai Gelegenheit, auch ihrerseits zu den Tagesfragen Stellung zu nehmen. Zu einer Feier war an diesem „Feiertag“ kein Anlaß, wohl aber zur Meinungsäußerung zu den Friedensverhandlungen und zu erster Besprechung der wirtschaftlichen und politischen Lage. Kollege Kreis-Vortmund behandelte in einem ausführlichen, begeisterten ausgenommenen Referat die Bestrebungen unserer Feinde, dem deutschen Volk einen schmachvollen Friedensschluß aufzubringen, gegen den sich das deutsche Volk zur Wehr setzen müsse. Er verbreitete sich dann eingehend über unsere politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute am 1. Mai im Saale des evangel. Gemeindehauses stattfindende Versammlung des Kreistells der christlichen Gewerkschaften erhebt ihre Stimme zu Gunsten eines Friedensschlusses, der den Völkern der Welt die Verheerung bringt und keine Kräfte zu neuen blutigen Kriegen in sich birgt. Mit großer Erbitterung erfüllt es die Versammelten, daß 6 Monate nach erfolgtem Waffenstillstand noch mehrere hunderttausende deutscher Weiber in Frankreich in harter Gefangenschaft schmachten und in schlimmster Elenderei gehalten werden. Die Versammlung fordert von der deutschen Friedensdelegation das energische Eintreten für die sofortige Beilegung dieser, allen menschlichen Sittengesetzen höhnpredigenden Brutalität, die keinesgleichen nicht in der Geschichte kennt. Die Versammlung erwartet ferner einen Friedensschluß, der die sofortige restlose Aufhebung der Hungerblockade bringt, Beilegung jeglichen Wirtschaftskrieges, Erleichterung eines Völkerbundes, in dem das Deutsche Reich einen gleichberechtigten Faktor bildet, Verhinderung jeder offenen oder verheerenden Annexion, Aufgabe unserer Kolonien und bindende Abmachungen über den internationalen Arbeiterchutz.“

Die Versammelten sind entschlossen, tatkräftig an dem Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens zu arbeiten. Die Vorbedingung hierfür ist Ruhe und Ordnung im Lande. Sie weißt deshalb alle Bestrebungen von sich, durch politische Fäulnis und Streiks unser Wirtschaftsleben zu zerstören. Die Versammlung erkennt, daß die Sozialdemokratie unfähig ist, das Werk des Wiederaufbaus zu vollbringen, da in dieser Richtung nicht diejenigen Anhänger sich Stellung verschaffen können, die dem Allgemeinwohl und der Arbeiterschaft dienen, sondern diejenigen, die dem größten Egoismus und dem eigenen Interesse halbigen. Die Versammlung steht in der Bewirtlichung der christlichen Grundsätze den einzigen Weg, unser Volk einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen. Dieselbe tritt deshalb für weitere Stärkung der christlichen Gewerkschaften ein und fordert alle Arbeiter, die sich zu ihren Grundsätzen bekennen, zum Eintritt in ihre Reihen auf. Die Versammelten verpflichten sich, in diesem Sinne mit allen Kräften tätig zu sein und ihren Teil dazu beizutragen, die Zahl der Mitglieder der christlichen Gewerkschaft in weniger als auf 1 Million zu bringen, nachdem die Zahl von 900 000 bereits überschritten ist.

Versammlungs-Kalender und Bekanntmachungen.

- Freitag, den 9. Mai 1919:
 - Hamborn. Nachmittags 5 Uhr beim Wirt Scheiermann, Ecke Golled- und Becker Straße, für die Jahreshalle Hamborn wichtige Mitgliederversammlung.
- Samstag, den 10. Mai 1919:
 - Dortmund-Dorf. 7 Uhr bei Samm.
 - Dillenburg-Neudorf. 7 Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag. Offen. Fachsektion der Elektromonteurs. Abends 7 Uhr Fachabend im Gefellenhaus, Steeler Straße 38.
 - Velbert-Heiligenhaus. Abends 7 Uhr.
 - Hamborn. 7,30 Uhr im Lokal „Zur Nacht am Rhein“.
- Sonntag, den 11. Mai 1919:
 - Köln-Mülheim. 10,30 Uhr im Kath. Gefellenhaus, Steelerstraße.
 - Walsum. 5 Uhr bei Abels an der Zellstoffabrik. Eine Stunde vorher Vertrauensmännerversammlung. Auswärtiger Redner für zur Stelle.
 - Dortmund-Dorf. 11 Uhr im Lokale Tade.
 - Dortmund-Drambener. 10 Uhr im Lokal Vogt.
 - Dortmund-Bradel. 4 Uhr im Lokal Kalthoff.
 - Dortmund-Forst. 11 Uhr im Lokal Henkel.
 - Dortmund-Eld. 11 Uhr im Lokal Siebers, Höhe Straße.
 - Dortmund-Hörde. 6,30 Uhr im evangelischen Gemeindehaus, Wellinghofer Straße. Referent Gewerkschaftssekretär Welf-Hagen.
 - Essen-Ortstrasse. 10,30 Uhr vierteljährliche Generalversammlung im Kath. Gefellenhaus, Steeler Straße 38. Alle anderen Versammlungen fallen an diesem Tage aus.
 - Essen-Rottrop. 4,30 Uhr bei Trogmann.
- Mittwoch, den 14. Mai 1919:
 - Kath. Kreis Siegen. 6,30 Uhr bei Bongardt, Wanheimer Str.
- Donnerstag, den 15. Mai 1919:
 - Dortmund. 7,30 Uhr im goldenen Löwen (Vertrauensmänner).
- Freitag, den 17. Mai 1919:
 - Weidenich. 6 Uhr Vertrauensmänner bei Kleine Natland, Unter den Ulmen.
 - D. Neudorf. 7 Uhr in der Konturbia.
 - Dortmund. 7,30 Uhr bei Trott, Desterhölzstraße.
 - Velbert-Heiligenhaus. 7 Uhr.
 - Velbert-Heiligenhaus. 7 Uhr bei Kleinsimmingshaus.
- Sonntag, den 18. Mai 1919:
 - Dortmund-Dorf. 4 Uhr bei Dinkhoff.
 - Dortmund-Marten. 4 Uhr bei Korte.
 - Dortmund. 10,30 Uhr im Lokal zum goldenen Löwen, 1. Kampstraße.
 - Walsum. 3 Uhr bei Edardt, Kaiser-Wilhelm-Straße 69 Mitgliederabend mitbringen.
 - Köln. 7 Uhr im Kath. Vereinshaus, Wanheimer Straße Frühlingsfest.
- Samstag, den 24. Mai 1919:
 - Velbert-Heiligenhaus. 7 Uhr abends.
- Mittwoch, den 21. Mai 1919:
 - Weidenich. 6 Uhr bei Kleine Natland, Unter den Ulmen.

Meister

für Blei-Walzwerk mit langjähr. Erfahrungen zum baldig. Eintritt für dauernde Tätigkeit gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften, Angabe des Alters, Gehaltsanspr. und Eintrittstermin sind einzureichen unt. 9933 an die Geschäftsstelle des „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Kalkulation und moderne Arbeitsmethoden im Maschinenbau.

Von D. Schwann, 288 S., 153 Abb., geb. 6.50 M.

Die richtige Vorausbestimmung der Herstellungskosten von Maschinen für den Maschinenbau bedeutet nicht nur für den Fabrikanten ein Postulat gegen die Konkurrenz in guten und schlechten Zeiten, sondern schafft auch zufriedenstellende Zustände zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Lohnpreise sollen nicht erraten oder geschätzt, sondern auf Grund wissenschaftlicher Studien und nach festgelegten Grundregeln bestimmt werden. Diese Ziele verfolgt obiges Buch! Einiges aus dem Inhalt: Veranschaulichung des Lohnsystems, Bedeutung der Kalkulation, Schnittpflichten, Dreharbeiten und serienweise Herstellung derselben, Planarbeiten, Gewinbeschneidern, Arbeiten auf der Revolverbank, Fräsarbeiten, Räder lassen nach dem Abwälzverfahren, Regelräder und Gewindefräsen, Roharbeiten, Hobeln, Stoßen, Schließen, Schloßarbeiten. Gean. Einlebung von 6.50 M. (Nachnahme 6.90). Edm. Hermann, Abt. 5, Berlin, Friedrichstr. 51.